

Die AfD muss sich inhaltlich hübsch machen, wenn sie ein Rendezvous mit der Macht will

Die letzte Landtagswahl in diesem Jahr ist vorbei. Die SPD verliert Stimmen, gewinnt aber. Die CDU verliert noch mehr Stimmen und verliert auch richtig. „Der Lack ist ab“, würde man die Nach-Merkel-CDU in meiner lippischen Heimat beschreiben. Grüne und AfD feiern, SED und FDP stürzen ab.

So weit alles erwartbar

Interessant aber erwartbar, denken Sie jetzt vielleicht. Nein, es lohnt sich, genauer hinzuschauen bei den Wählerwanderungen, also den Wählern, die sich im Vergleich zur Wahl davor gestern umentschieden haben.

Die AfD, vor wenigen Monaten in Niedersachsen noch totgeglaubt, feierte gestern Abend in Hannover ein rauschendes Comeback. Ein Plus von fast fünf Prozent, das Ergebnis zweistellig (10,9%). Und woher kommen die neuen AfD-Wähler? Sie ahnen es - von CDU und besonders stark von der FDP. Fast 30 Prozent der neuen AfD-Wähler, so fanden die Demoskopien von infratest heraus, haben ihr Kreuzchen früher bei den Liberalen gesetzt. Und das dürften nur zum geringsten Teil Querdenker, Schwurbler oder Rechtsradikale sein, wenn überhaupt einer. Die *FDP-Nazis*, ein ganz neuer Begriff für den linken Mainstream oder?

Nein, diese Leute kommen aus der Mitte der (westdeutschen) bürgerlichen Gesellschaft. Und sie haben - sagen wir es mal etwas deutlich - die Schnauze gestrichen voll. Selbst die Sofa-Bürgerlichen, die denken, alle paar Jahre CDU/CSU und FDP wählen, reiche aus, um den schlimmsten linksgrünen Unsinn zu verhindern, merken langsam, dass diese Rechnung nicht mehr aufgeht.

Überall in Europa gewinnen Rechte plötzlich Wahlen, die früher noch als politische Parias galten, wie zuletzt die Schwedendemokraten oder gerade Frau Meloni in Italien. Weil sie die Grundstimmung, die dort ja ähnlich ist wie überall in Europa und auch hier in Deutschland, aufgreifen und beginnen, Realpolitik zu machen. Und weil sie Realpolitik machen - zum Beispiel mit ihren Bekenntnis, die EU nicht grundsätzlich in Frage stellen aber deutlich verändern zu wollen - sind sie plötzlich nicht nur Gesprächs- sondern auch Koalitionspartner.

Das ist in Deutschland noch nicht so, wie vielfach gestern Abend in den Internet-Foren zu lesen war. Klar feiern viele AfDler dort den unerwartet kräftigen Erfolg in Niedersachsen. Aber es gibt auch erstaunlich viele nachdenkliche Stimmen, die schreiben, dass auch elf Prozent nichts verändert am Kurs Deutschlands. Und geradezu niedlich die blauen Politakrobaten, die völlig überrascht sind, dass die AfD gar nicht 51 Prozent bekommen hat, wie sie doch sicher erwartet haben.

Ich schreibe und rede mir seit Jahren den Mund fusselig, dass es eben nicht nur die bösen Medien und die ignoranten „Altparteien“ sind - sicher auch ein Stück weit - aber dass auch die AfD etwas tun muss, um sich als Braut ein klein wenig hübsch zu machen für ein Rendezvous mit der Macht und den

beinharten Kampf die Zukunft Deutschlands.

11 Prozent haben gestern AfD gewählt in Niedersachsen, bundesweit liegen die Umfragen aktuell bei 15 Prozent, was auch extrem viel ist. Aber 85 Prozent der Deutschen wählen eben nicht AfD. Ich war vor Corona mal als Redner bei einer Konferenz in Wien über die Zukunft der konservativen Parteien in Europa eingeladen. Vor mir sprach eine wirklich brillante (deutsche) Meinungsforscherin, die schlüssig erklärte, dass der Decke für die AfD bei 20 Prozent liegt. Natürlich bezogen auf ganz Deutschland, nicht die Hochburgen im Osten. Und mit 20 Prozent kann man alleine nichts verändern. Das ist reine Mathematik.

An die Tische der Macht, dort, wo etwas verändert werden kann, kommt man nicht mit Fundamentalopposition oder gar der Beschimpfung von Wählern der anderen. Wer alleine aus einer Minderheitenposition etwas verändern will, muss eine Revolution versuchen, aber das ist in unserem Land nicht vorstellbar. In Sachsen, ja. Aber in Deutschland? Nie im Leben.

WIR BRAUCHEN IHRE HILFE. Demokratie und Rechtsstaat sind in Gefahr, es braucht unabhängige Medien. Bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit Ihrer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18!

Wie geht es mit der AfD nach der Sommerpause weiter?

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sieht «extremistische Strömungen» in der AfD wachsen. Seit dem Bundesparteitag im Juni gäbe es im Bundesvorstand keinen dezidierten Kritiker des offiziell aufgelösten „Flügel“-Netzwerks um den Thüringer Björn Höcke mehr. Deshalb, so Haldenwang, gehe seine Behörde davon aus, dass die Parteiführung zukünftig nicht mehr offensiv gegen Rechtsextremisten in der Partei vorgehen werden.

Seit dem Bundesparteitag im sächsischen Riesa wird der 14-köpfige Bundesvorstand der AfD von Tino Chrupalla und Alice Weidel als Doppelspitze geführt. Beide stehen auch an der Spitze der Bundestagsfraktion. Von den Kandidaten des gemäßigten Lagers wurde in Riesa nicht ein einziger gewählt, stattdessen die Höcke-Vertraute Christina Baum. Es rumort hinter den Kulissen der AfD, politischer Streit und persönliche Animositäten sind an allen Ecken und Enden mit Händen zu greifen. Immer wieder sind in Hintergrundgesprächen Gerüchte zu hören über eine bevorstehende neue Austrittswelle und über Pläne, ganz neue Strukturen aufzubauen. Wie konkret das wirklich ist, kann ich als Beobachter von außen schwer einschätzen. Und die Beispiele *LKR* (Lucke) und *Die Blauen* (Petry) dürften solchen Plänen eher keinen Auftrieb geben. Der Verfassungsschutz werde „politisch

instrumentalisiert, um eine Oppositionspartei noch und nöcher zu verunglimpfen“, sagte am Wochenende Parteisprecherin Alice Weide im „Sommerinterview des ZDF. Und wenn man Haldenwangs Agieren seit Amtsantritt beim Verfassungsschutz verfolgt, ist dieser Vorwurf (leider) nicht ohne weiters vom Tisch zu wischen. Weidel sprach auch den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, an, der vor dem Wechsel nach Karlsruhe für die CDU im Bundestag gesessen hat. Beim Verfassungsgericht, so Weidel, gebe es einen ehemaligen CDU-Abgeordneten, «der über die Gesetze heute als Richter entscheiden soll, über die er vorher entschieden habe.»

Und da hat sie absolut recht. Das gibt es so nirgendwo anders, so weit ich weiß.

Bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit einer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18.

Weiber, Weiber... warum Quoten völlig idiotisch sind

Friedrich Merz von der CDU wird, da bin ich sicher, demnächst Coverboy bei der „Emma“. Vielleicht gibt's sogar eine Einladung zum Redaktionsgespräch mit Sitzhocker für den Sauerländer, rechts unten zu Füßen von Alice Schwarzer auf dem pinkfarbenen Frauen-...äh, Pfauenthron.

Die - bis zur Machtübernahme der Uckermarkerin Merkel - Patriarchenpartei á la Adenauer und Kohl goes feminin. Kann man sich gar nicht auedenken.

Und dabei sind Frauen ganz großartig, klug, gebildet, warmherzig, anmutig - **HALT! Begriff bitte streichen! SEXISMUS!** - ausgestattet mit soft skills, von denen wir Kerle nicht einmal zu träumen wagen. Es ist mir völlig wurscht, ob mein Chef ein Mann oder eine Frau ist. Oder ob meine Firma als Dienstleister für ein Unternehmen tätig ist, das von Frauen geführt wird. Es interessiert mich einfach nicht.

Das ist übrigens so ähnlich wie bei Homosexuellen. Die sind Menschen wie jeder andere von uns auch. Punkt. Mich nervt, dass man mir ständig medial und politisch aufdrängen will, wie unglaublich normal das ist. Ich möchte ins Stadion gehen können, ohne mit Regenbogenbeleuchtung belästigt zu werden. „Ich bin übrigens schwul“, ja toll, und weiter?

Es ist mir vollkommen egal, welche sexuelle Orientierung jemand hat. Wichtig ist, dass er oder sie einen guten Charakter haben, dass sie in ihrem Job etwas leisten können. „Guten Tag, ich bewerbe mich bei Ihnen als Informatiker und ich schätze Oralverkehr...“ Was soll das? Lasst mich in Ruhe und macht, was ihr wollt, ohne es mir und der ganzen Welt ständig erzählen zu müssen.

Doch zurück zu Frauen. Ich bin gegen eine 50/50-Quote. Warum? Weil ich finde, für einen Job sollte ausschließlich die Qualifikation ausschlaggebend sein. Und nicht, „ob sie zwischen den Beinen anders

aussieht als ich“, wie das mal der SPD-Politiker Friedhelm Fahrtmann in einer hitzigen Quotendabette auf einem Parteitag in NRW formulierte. Da war aber was los.

Ich finde, es wäre gut, wenn jemand mal wieder Verteidigungsminister würde, der auch mal in Uniform gedient hat. Der begreift, über was er spricht und entscheidet. Und ich halte auch eine Linksextremistin als Innenministerin nicht für zielführend. Aber ob Mann oder Frau? Das sind doch Debatten der Vergangenheit.

Jeder muss die Chance haben in Deutschland, aus seinem oder ihren Leben etwas zu machen. Und jemand, der etwas gut macht, muss besser vorankommen und bezahlt werden, als jemand der es schlecht macht. Aber es ist völlig irrelevant, ob es ein Mann oder eine Frau ist.

Von mir aus können alle Bundestagsabgeordneten Frauen sein. Wenn sie gut sind und sich in ihren Parteien und bei den Wählern durchsetzen.

Und so ist es auch in der CDU.

Wenn nur 25 Prozent der Mitglieder weiblich sind, warum um Himmels willen, sollen daraus 50 Prozent der Posten entstehen? Warum? Wenn die Frauen mehr Einfluss haben wollen, dann sollen sie mehr Frauen als Mitglieder werben und Bündnisse mit Männer-Netzen schmieden. Wie alle anderen auch. Warum auf weichen Kissen zu den Töpfen getragen werden? Warum macht Merz das mit? Weiß er eigentlich, dass vornehmlich die jungen Frauen auf Quotierung überhaupt keinen Bock haben? Auch die in der Union nicht. Warum machen die bürgerlichen Parteien jeden Unfug von links mit?

Bitte spenden Sie nach Ihren Möglichkeiten auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 8528 18 für meine Arbeit! Vielen Dank für Ihre Hilfe!

Angepasst in Düsseldorf

Die Stadt Düsseldorf will ja soooo modern sein. Ich muss sagen, als Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller (CDU) seinen Amtsvorgänger Thomas Geisel (SPD) bei der Kommunalwahl 2020 geradezu deklassierte, habe ich mich gefreut und ein „Füchschen“-Alt auf den Neuen geleert. Denn Thomas Geisel war ein objektiv schwaches Stadtoberhaupt, dem – so weit ich feststelle – in der Landeshauptstadt heute auch niemand wirklich nachweint.

Was mich aber langsam ärgert, ist wie angepasst die Verwaltung unter dem neuen Mann, der im Wahlkampf einen sehr guten Eindruck gemacht hat, einfach so weitermacht. Gleichstellung – klar. Gegen Rassismus – sind wir alle. Und jetzt also die Regenbogenfahne der Honoysexuellen-Community zum sogenannten „Pride Month“.

Ich meine, von PR verstehen die Herrschaften der LSBQZTJHOL-Community oder wie das gerade heißt, unbestritten mehr als alle anderen Meinungsbildner in Deutschland zusammen. Aber warum sagt nicht jemand mal dem OB Keller, dass a) Flaggen vor öffentlichem Gebäuden, Ministerien wie Rathäusern, eine ausschließlich hoheitliche Funktion haben? Und dass sie nicht dazu dienen, Stimmung für Lobbygruppen zu machen? Und Keller ist ja Jurist.

Als der Neubrandenburger Oberbürgermeister Silvio Witt vergangenes Jahr anlässlich der „CSD-Woche“ den Regenbogen vor seinem Rathaus flaggen wollte, grätschte ihm der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern rein und stellte klar:

„Die Beflaggung öffentlicher Gebäude zielt darauf ab, zu besonderen Anlässen durch das Zeigen hoheitlicher Symbole die Verwertung von bestimmten Ereignissen durch staatliche und andere öffentliche Stellen zu demonstrieren. Daher sind gerade an öffentlichen Dienstgebäuden persönliche, politische oder weltanschauliche Bekenntnisse oder Symbole zu vermeiden, auch wenn diese in tatsächlicher Hinsicht sowohl von der Politik als auch von Teilen der Bevölkerung als begrüßenswert erachtet werden.“

Gut, Silvio Witt ist parteilos, und er kann natürlich versuchen, was er will. Aber es entspricht nicht den rechtlichen Gepflogenheiten in Deutschland, auch wenn Witt mal „Satiriker“ war und vielleicht auch heute noch ist.

Aber Stephan Keller? CDU, ein Jurist? Warum machen solche Leute alles einfach mit, was der grünwoke Mainstream von ihnen erwartet? Wie wäre es mal mit einer Beflaggung für die traditionelle Familie? So eine Fahne mit Vater, Mutter, Kindern drauf - als Zeichen dafür, was mal Kernkompetenz der Union war?

Kevin Kühnert ist besorgt über CDU und AfD

Dass ich Erfurt mag, wissen Leser meines Blogs seit vielen Jahren. Dass ich über die Landespolitik nur noch den Kopf schütteln kann, wissen Sie auch.

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hat jetzt die Thüringer CDU - mal wieder - vor einer Zusammenarbeit mit der Höcke-AfD gewarnt. Und wenn einerr anfängt zu waren, dann ist die FDP nicht weit. Deren Generalsekretär Bijan Djir-Sarai fordert die Christdemokraten nun auf, Verantwortung zu übernehmen. Klingt toll, aber man fragt sich unwillkürlich: Was geht es die SPD und die FDP an, was die CDU so macht im Freistaat? Und hätte die FDP damals an Kemmerich als Ministerpräsident festgehalten, oder hätte sich die SPD einer Zusammenarbeit mit dem FDP-Ministerpräsidenten nicht kategorisch

verweigert, dann hätten wir diese Situation heute gar nicht.

Grund des Streits ist, dass die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht hat, der einen 1000-Meter-Abstand von Windrädern zu Wohngebäuden festlegen soll. Neben der FDP-Fraktion hat auch die AfD im Landtag Unterstützung signalisiert – womit der Entwurf echte Chancen hat, beschlossen zu werden. In Thüringen regieren zwar Linkspartei, SPD und Grüne, aber sie haben keine eigene Mehrheit.

Ein Gesetz gegen die Stimmen von Rot-Rot-Grün sei „eine Gesetzesmehrheit von Höckes Gnaden“, heuchelt Kühnert nun und meinte damit den rechtslastigen Landesvorsitzenden Björn Höcke. Und der und seine Partei werden in Thüringen vom Verfassungsschutz beobachtet. Zurecht.

Das ändert aber nichts daran, dass etwa ein Viertel der Thüringer in einer freien und geheimen Wahl AfD gewählt haben, und ich habe oft kritisiert, dass es nicht sein kann, dass diese Bürger mit ihren politischen Ansichten einfach vom politischen Prozess ausgeschlossen werden.

Die CDU kann Anträge einbringen, wie sie Lust hat. Und die AfD kann abstimmen, wie sie will. Was geht das Kevin Kühnert an?

Die Wahrheit ist doch: So lange man die AfD als Paria außen vor hält, gibt es immer bequem linke Regierungen. Nicht nur in Thüringen. Da ist es sogar noch schlimmer, weil das rot-rot-grüne Gruselkabinett Ramelow von den Bürgern abgewählt wurde, aber immer noch im Amt ist, dank der damaligen demokratiefeindlichen Intervention der CDU-Bundeskanzlerin, ziehen die linken Wahlverlierer auf Daier die anderen Parteien am Nasenring durch die Manege. Und das muss aufhören, Höcke hin oder her.

Die CDU vor dem Sturm am Bremer Rathaus vorbei

Die Bremer CDU hat einen Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im kommenden Jahr aufgestellt. Den 53-jährigen Landwirt, Frank Imhoff, jetzt Präsident der Bürgerschaft, weil die Christdemokraten tatsächlich beim vergangenen Wahlgang stärkste Partei in der tiefroten Hansestadt geworden ist. Mit rund einem Viertel der abgegebenen Stimmen. Aber auf dem Parteitag hat er immerhin 100% bekommen. Mit persönlich ist es immer unheimlich, wenn ein Kandidat bei einer Wahl wirklich nur Ja-Stimmen bekommt, aber das ist ein anderes Thema.

25 Prozent – das war für die Christenunion in Bremen ein riesiger Wahlerfolg. Aber auch nur der Gedanke, die CDU werde im kommenden Jahr die Amtsgeschäfte im Bremer Rathaus übernehmen, ist

absurd. So war es auch zuletzt – CDU stärkste Partei, SPD, Grüne und Kommunisten bilden die Regierung. 3:1 – reicht immer.

Ich empfehle ja gern, sich der Mathematik nicht grundsätzlich zu verweigern. Bremen – ich habe dort mal zwei Jahre gewohnt, schöne Stadt, zweifellos. Mein ältester Sohn ist da zur Welt gekommen, Schnoor Viertel, Becks vom Fass, SV Werder – kann man alles machen. Aber, liebe Freunde, linker als Bremen kann eine Stadt kaum sein.

Als ich 1985 hingezogen bin, dachte ich: was müssen die bei der CDU da für Pfeifen sein mit solchen Wahlergebnissen. Aber das stimmt gar nicht. Es ist die Soziostruktur, die es für die Union unmöglich macht, dort die Mehrheit zu erringen. Keine Katholiken, keine Vertriebenen, die Besserverdienenden wohnen im Umland. Sie verdienen fette Kohle in Bremen und leben in Delmenhorst, Stuhr, Oyten oder Achim. Da bezahlen sie ihre Steuern, und da wählen sie CDU. Die Lehrer, Sozialarbeiter, Uni-Mitarbeiter und Empfänger sozialer Transferleistungen bleiben. Und wer sonst noch arbeitet, richtet sich in kleinen Biotopen ein, unternimmt Radtouren nach Lilienthal, hört Vorträge beim Rotary-Club oder tankt Bildung im Übersee-Museum. Und endlich ist auch wieder Freimarkt.

Für die CDU ist es völlig egal, ob sie 20, 25 oder 30 Prozent holt – wie wird nicht regieren. So wie es egal ist, ob die AfD bei der Bundestagswahl 12, 15 oder 20 Prozent bekommt. Auch sie regieren nicht. Punkt.

Immerhin ist Werder wieder in der Ersten Liga.

Ordnungsamt rückt bei CDU-Wahlparty an

Das macht uns Deutschen keiner nach...

Weil die Wahlparty des siegreichen Ministerpräsidenten auf dem Grundstück der CDU-Landeszentrale an der Wasserstraße in Düsseldorf zu laut war, rückte das Ordnungsamt an. Aufmerksame Bürger hatten gegen 22.15 Uhr die Polizei verständigt, dass da bei der CDU gefeiert wurde. Und ja, als Hendrik Wüst nach 22 Uhr auftauchte, feierten ihn die 400 Gäste enthusiastisch und mit Sprechchören. Einmal fiel sogar der Strom aus, wovon, weil die Musikanlage überfordert gewesen sei.

Ein Sprecher der Stadt teilte später mit:

«Die Verantwortlichen wurden belehrt, und es wurde gebeten, die Musik abzustellen.»

Wenn über diese Episode eine Meldung in einer spanischen oder griechischen Zeitung erscheint, ich bin sicher, die Leser würden gar nicht, was gemeint ist. Überschwärmende Fröhlichkeit, das ist in Deutschland nur nach amtlichen Vorgaben erlaubt. Obwohl, ich weiß nicht, ob jetzt bei den Bundesliga-

Aufstiegsfeiern auf Schalke und in Bremen auch das Ordnungsamt angerückt ist.

In Düsseldorf regiert übrigens ein CDU-Oberbürgermeister. Ich wüsste ja gern, ob der bei Wüsts Wahlparty dabei war, als seine Mitarbeiter anrückten...

Politisches Mittelmaß hat wieder Hochkonunktur

Wie erwartet hat der CDU-Politiker Daniel Günther die Landtagswahl in Schleswig-Holstein klar gewonnen. 43,5 Prozent, ein Plus von 11 Prozent gegenüber der vergangenen Wahl – das muss dem passionierten Langstreckenläufer erstmal einer nachmachen. Der gebürtige Kieler lebt mit seiner Frau und den zwei Töchtern in Eckernförde, der Katholik liebt Spaziergänge und ist über die Parteigrenzen hinaus offenbar überaus beliebt bei den Bürgern. Er gilt als diszipliniert und bodenständig und – so weißt die Deutsche Presse-Agentur – hat einen Musikgeschmack, der von Klassik über Heavy Metal bis zu deutschen Schlagern reicht. Für jeden was dabei, vielleicht ist das wirklich das Erfolgsrezept für Politiker, die es ganz nach oben schaffen wollen.

Bloß nicht klare Kante, bloß niemanden vor dem Kopf stoßen, netter Kerl und zack, schon ist das Kreuz auf dem Wahlzettel gemacht.

Nichts für mich, aber vielleicht ist das der Grund, warum wir Konservativen bei den großen politischen Schlachten fast immer verlieren. Die Leute wollen eine „leeven Jong“, wie das der Kölner sagt. Keinen, der von den Wählern verlangt, sich klar für eine Seite festzulegen.

Schon ein bisschen frustrierend.

Landtagswahl in Schleswig-Holstein: „Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust“ (Goethe)

Übermorgen ist die nächste Landtagswahl. Ein Stimmungsbarometer, der zweite Ernstfall 2022, wo nicht Demoskopen in die Glaskugeln der öffentlichen Meinung schauen, sondern wo konkret durchgezählt wird. Im Saarland wurde mit Tobias Hans ein Merkel-Jünger aus dem Amt gefegt. Das fand ich gut und

folgerichtig, denn Tobias Hans war in meinen Augen ein Parteisoldat der übelsten Sorte. Gegen Merz, gegen Maaßen, stramm auf Linie. Getreu bis zum...lassen wir das!

Aber es gibt auch noch eine andere Sicht, denn die Wahl im Saarland war gleichzeitig die erste Nagelprobe für den neuen CDU-Bundesvorsitzenden Friedrich Merz. Auf den hatten die letzten Konservativen und Wirtschaftsliberalen in der Union zwei Jahre lang gesetzt und gehofft. Und nun wird gewählt, und seine CDU versemelt es.

Wenn man sich nicht der Schadenfreude hingeben will, die zweifellos den ein oder anderen Merkelianer an diesem Abend erfasst hat, dann muss man nüchtern feststellen: An Merz hat die Schlappe ganz gewiss nicht gelegen. Tobias Hans war einfach eine schwache Fugur, die Herausfordererin und jetzt Ministerpräsidentin von der SPD konnte überzeugen, sogar begeistern, setzte auf einen volkstümlichen Wahlkampf, Politikerin zum Anfassen sozusagen. Da hatten weder Merz noch die Campagneros im Adenauer-Haus eine Chance.

Das ist jetzt am Sonntag anders. Daniel Günther und die CDU werden das Ding an der Küste gewinnen, zumindest mit deutlichem Abstand vor allen anderen Parteien durchs Ziel gehen. Gut für Merz und die Erneuerung der Union, schlecht für Menschen wie mich, die den treuen Apparatschik Günther verachten für sein Intrigantentum gegen Merz und für sein widerwärtiges Heranwanzen an Bodo Ramelow von der SED. Gemeinsam für das Land...ich übergebe mich gerade.

Aber ich muss auch sagen, wenn ich vor Corona Bürgerlich-Konservative Stammtische in Kiel veranstaltet habe, zu denen ein - durchaus gemischtes Publikum kam, wenn Sie verstehen, was ich meine - dann war ich oft überrascht, wie positiv die Konservativen da am Tisch vom Linksausleger Günther sprachen. Der mache als Landesvater von Schleswig-Holstein doch einen respektablen Job, behaupteten nicht wenige dann.

Ich kann das nicht beurteilen, aber als jemand, der die CDU immer gern gewählt hat, bevor Frau Merkel mit ihrem Zerstörungswerk begann, gönne ich Herrn Günther eine krachende Wahlniederlage. Gleichzeitig würde ich mich freuen, wenn Friedrich Merz im Adenauer-Haus seinen ersten großen Erfolg verkünden könnte. Es ist alles so kompliziert geworden...

Hier die aktuellen Zahlen vom ZDF-Politbarometer vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein:

CDU 38%, SPD 18%, Grüne 18%, FDP 8%, AfD 6%, SSW 6%, Andere 6%.

Vielleicht reicht es sogar für Schwarz-Gelb, das würde mich mit dem Wahlergebnis versöhnen.

Harte Zeiten für unabhängige alternative Medien. Bitte unterstützen Sie meine journalistische Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Spende auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Im Mai stehen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein an. Während der CDU-Linksausleger Daniel Günther mit einer weiteren Amtszeit rechnen kann, glaubt man den Umfragen, dürfte es im größten Bundesland ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Ministerpräsident Hendrik Wüst und seinem SPD-Herausforderer Thomas Kutschatj geben - Ergebnis völlig offen.

Was macht Wüst also im Land, das viele Jahrzehnte eine rote Hochburg auch mit absoluten Mehrheiten für die Sozis war? Er gibt ein Interview und lässt Wellen schlagen. Bei BILD TV forderte Wüst, ein Interview des Atkanzlers Gerhard Schröder in der «New York Times» müsse „Folgen haben“, und es sei „verstörend“.

Das ist es in der Tat, und natürlich schadet der frühere SPD-Kanzler inzwischen auch unserem Land international, weil er in unverbrüchlicher Treue zum Kriegsherrn Putin im Kreml steht, während dessen seine Soldateska in der Ukraine zerstört, mordet, foltert und vergewaltigt. Dass der ehemalige deutsche Bundeskanzler Schröder immer noch bei Rosneft und Gazprom fett im Geschäft ist, das ist eine Schande. Also kein Dissens. Auch in der SPD gibt es energischen Widerspruch gegen Schröder und sogar Anträge auf Parteiausschluss.

Bloß: Was hat das mit der Landespolitik in NRW zu tun?

Die CDU an Rhein und Ruhr hat ein richtiges Pfund, mit dem sie in der Wahlschlacht punkten kann. Das ist der untriebige Law-and-Order-Mann Herbert Reul, der Innenminister, der unablässig Araber-Clans zusetzt und gelegentlich auch mal Rockergruppen, die kriminell tätig sind, und das sind definitiv nicht alle. Reul weiter Innenminister, das wäre ein guter, vielleicht aber auch der einzige Grund, in NRW die CDU zu wählen.

„Unsere Kinder schützen“ las ich gerade auf einem CDU-Wahlplakat am Niederrhein. Ja, wie denn konkret? Die CDU hat doch unter Armin Laschet jeden Unsinn mitgemacht wie die Frühsexualisierung von Kindern in Kita und Grundschulen, sie hat Gender-Schwachsinnprogramme finanziert, sie hat der fahrlässigen Massenmigration Merkels und der damit verbundenen Kriminalität immer brav zugestimmt. Ein Beitrag für die Sicherheit? Und die Pannen und Aussetzer bei der Flutkatastrophe im Ahrtal, wo Minister auf Malle Party feierten? Je mehr man drüber nachdenkt, ob man CDU wählen sollte, desto mehr Gründe fallen einem ein, das nochmal zu überdenken.

Heute Morgen bekam ich eine Mail, wo mir ein Autoaufkleber der CDU mit der Aufschrift „LSBTIQ* für Wüst“ vorgeschlagen wurde. LSBTIQ, falls sie sich in der linksgrünen CDU nicht auskennen, steht für *lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter* und queer* - vereinfacht ausgedrückt: für die Zerstörung der traditionellen Familie durch lautstarke linke Minderheiten. Denn drei Viertel der Deutschen leben das

Modell Vater, Mutter Kinder auch heute - ohne eine starke Lobby. Das war früher einmal die Union, sie war DIE Familienpartei schlechthin. Irgendwie haben sie über die Jahre wohl vergessen, was das Fundament unserer Gesellschaft, und dass Anpassung kein Wahlgrund ist, auch wenn Schröder aufgibt.

Wenn Sie möchten, dass solche Themen öffentlich werden, dann helfen Sie uns! Bitte unterstützen Sie meine journalistische Arbeit mit PAYPAL hier oder durch eine Spende auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !